

Institut für Rechtswissenschaft
und Rechtspraxis



Universität St.Gallen

KINDES- UND ERWACHSENENSCHUTZ- RECHT

Mittwoch, 4. November 2015
Kongresshaus, Zürich

«Wissen schafft
Wirkung» 



Institut für Rechtswissenschaft und Rechtspraxis

Universität St.Gallen

Bodanstrasse 4 · 9000 St.Gallen

Tel. +41 (0)71 224 24 24 · Fax +41 (0)71 224 28 83

irp@unisg.ch · www.irp.unisg.ch



Institut für Rechtswissenschaft
und Rechtspraxis an der

Universität St. Gallen

Kindes- und Erwachsenenschutzrecht

Mittwoch, 4. November 2015
Kongresshaus, Zürich

Tagungsleitung

Prof. Dr. iur., Dr. h.c. **Ivo Schwander**,
ehem. Professor an der Universität St.Gallen, Rechtskonsulent Pestalozzi Rechts-
anwälte AG, Zürich

Lic. iur. **Oliver Arter**,
TEP, Rechtsanwalt, Wissenschaftlicher Konsulent des Instituts für Rechtswissen-
schaft und Rechtspraxis an der Universität St. Gallen, Konsulent bei Froriep, Zü-
rich

Referat 1: Dr. iur. Patrick Fassbind, Advokat

Die Praxis des Kindes- und Erwachsenenschutzverfahrens - Verfahrensinstruktion als Schlüssel zum Erfolg

08.50 – 09.30 Uhr

V. Verfahren / Instruktion allgemein (Übersichten)

KESB

Entgegennahme
Gefährdungsmeldung

Eröffnung Verfahren,
erste Abklärungen

ev. Sofortmassnahmen

Erteilung Abklärungsauftrag
Wem? GS: Sozialabklärung

Ev. Übermittlung
Gefährdungsmeldung

Art. 448 ZGB i.V.m. Art. 55

KESG Be: Jede Person ist zur Mit-

wirkung bei der Abklärung des

SV verpflichtet (Arztgeheimnis

ist zu beachten)

Abklärung Sachverhalt/

Problemanalyse

Versuch freiwillige

Massnahmen/Einigung

Abklärungsbericht

Ergänzende Abkl./Anhörung/
Entscheid

Ev. Rechtsmittel

Mandatsführung/
Vollstreckung

Berichterstattung

Prüfung

Vorteil gegenüber Gerichten: Jeder Entscheid basiert auf einer fundierten SozAbkl.

V. Verfahren / Instruktion allgemein (Übersichten)

Hilfe in acht Schritten: So geht die Kesk vor

Ziel eines Kesk-Verfahrens ist immer, eine möglichst massgeschneiderte Abklärung zu lösen, ohne Massnahmen zu verfügen. TEXT: BALZBUCHTI; INFOGRAFIK: ANHIL SEGER

Beispiele von Seite 62, 63, 66 und 67.



Gefährdungsmeldung

innerhalb 48 Stunden nach Meldungseingang

innerhalb einer Woche nach Meldungseingang

innerhalb zwei bis vier Monaten nach Meldungseingang

1 Die Meldung wird geprüft.
Ist aufgrund der vorliegenden Informationen davon auszugehen, dass das Wohl der betroffenen Person **erheblich gefährdet** ist?

NEIN
Die Kesk legt die Meldung *ad acta*, ohne dass ein Verfahren eingeleitet wird.

NEIN
Muss wegen einer **hohen unmittelbaren Gefährdung** dringend gehandelt werden?

JA
Der Fallverantwortliche prüft die Meldung nochmals eingehend und macht wenn nötig gewisse Vorabklärungen. Sind die Angaben plausibel, und ist eine **erhebliche Gefährdung** zu vermuten?

JA
Das Verfahren wird eingeleitet. **Muss aufgrund erster Erkenntnisse umgehend gehandelt werden?**

NEIN
keine Dringlichkeit

NEIN
Der Fallverantwortliche prüft **Sofortmassnahmen**. Besonders heikle Fälle können für das weitere Vorgehen eine interdisziplinäre Abstimmung notwendig machen.

4 Der Fallverantwortliche erteilt einen Abklärungsauftrag an eine geeignete Stelle oder übernimmt das selbst, allenfalls in Zusammenarbeit mit dem internen Abklärungsdienst. Die betroffene Person wird in geeigneter Weise (im Regelfall schriftlich) über die Verfahrenseröffnung informiert.

5 Bei Bedarf erhält die abklärende Person den Auftrag zur Erhebung von nicht aufschreibbaren Angelegenheiten. Wenn möglich ist die betroffene Person in diesen Fällen aber vorgängig anzuhören.

6 Die abklärende Person reicht einen Bericht ein. Der Fallverantwortliche analysiert diesen und fasst allenfalls weitere Abklärungen aus. Müssen Massnahmen verfügt werden?

7 Der Fallverantwortliche stellt nach Analyse der Akten die daraus abzuleitenden Massnahmen zusammen. Die Abklärungsergebnisse werden der betroffenen Person in einer persönlichen Anhörung dargelegt. Ein Kesk-Dreiergremium diskutiert und verabschiedet die beantragten Massnahmen. Der **Entscheid wird allen Beteiligten mitgeteilt. Sind die Betroffenen einverstanden?**

8 Der Entscheid wird umgesetzt. Längerfristige Massnahmen werden periodisch überprüft. Wenn sich die Verhältnisse ändern, werden die Massnahmen entsprechend angepasst oder aufgehoben.

JA
Der Entscheid kann mit einer **Beschwerde vor Gericht** angefochten werden. **Muss eine Massnahme zum Wohl der betroffenen Personen sofort vollstreckt werden, kann der Beschwerde die abschließende Wirkung entzogen werden.**

NEIN
Die erhebliche Gefährdung hat sich bestätigt. Im Bereich werden die **Anträge auf Schutzmassnahmen** gestellt und begründet.

Die erhebliche Gefährdung oder konnte im Rahmen der Abklärung freiwillig gelöst werden. Die betroffene Person und involvierte Stellen werden informiert, dass das **Verfahren eingestellt** wird.

*In den meisten Fällen vor dem über-respektive Verwaltungsgericht





V. Verfahren / Instruktion allgemein (Übersichten)

- Verfahrensphasen der Instruktion:
 - Einleitungsverfahren
 - Eröffnungsverfahren
 - Beweis- bzw. Abklärungsverfahren
 - Erkenntnisverfahren
 - Anhörungsverfahren
 - Entscheidungsverfahren
 - Entscheideröffnungsverfahren
 - Beschwerdeverfahren (allenfalls)
 - Vollzugs- bzw. Vollstreckungsverfahren
 - Standardisiertes/Periodisches Überprüfungsverfahren
 - Überprüfungs-, Anpassungs- bzw. Aufhebungsverfahren (Veränderte Verhältnisse: Jederzeit möglich und nötig)
- **In jeder Instruktionsphase müssen wichtige (richtige) Weichenstellungen erfolgen, um einen erfolgreichen KES zu gewährleisten** (Erfahrung, Know-how, Professionalität und Fachwissen etc. [vgl. Slide 3 und 4 ff.] erforderlich).
- **Die Anwendung ist zuerst in den einzelnen Phasen (elementare Schritte) und dann anhand eines konkreten Fallbeispiels gezeigt werden.**

VI. Instruktion allgemein – Einzelne Phasen: Auf was kommt es an?

- Einleitungsverfahren (ZGB 443):

- **Niederschwellige Beratung wichtig** (ist die KESB die richtige Stelle, was kann und soll die KESB, wie ist vorzugehen?)

- **Allenfalls Einstiegsberatung und -planung** (zum Wohl von Kindern und Erwachsenen, nicht mehr schaden als nützen = Sorgfalt/Schonung) / Koordination mit JugA, freiwilligem Kinderschutz

- **Gefährdungsmeldung:** (bloss Wahrgenommenes ohne Wertung immer unproblematisch)

- Wenn immer möglich **vorherige Konfrontation: Grundsatz**

- **Transparenz** auch in Bezug auf meldende Person (Ausn.: wichtige Gründe)

- **Fachpersonen:** Trotz Gefährdung, erst wenn mit eigenen Mitteln am Ende (aber lieber zu früh als zu spät)

- **Eingang: Zuständig? Summarische Prüfung Erheblichkeit** (immer mindestens 4-Augen-Prinzip, all. interdisziplinäre Abstützung) Sozialadäquanz, Milieugerechtigkeit, Geringfügigkeit, Prioritätensetzung (Präsidium oder Tagesverantwortung)

- Die **Eintretensschwelle** ist viel niedriger als die **Eingriffsschwelle** (Anordnung von Massnahmen)

- **Eingangsbestätigung** mit **Hinweis auf Verfahrensrechte** (welche Info über weiteres Verfahren erhält wer?, Vermeidung Missverständnisse)

*sonstige
sorgfältig
und überlegt
wachen*



*WICHTIGE
WECHSEL-
STELLEN*

VI. Instruktion allgemein – Einzelne Phasen: Auf was kommt es an?

• Eröffnungsverfahren (1/2):

- Fallverteilung (durch Präsidium bzw. geeignete Delegation Massengeschäft etc.): **Nochmalige Erheblichkeitsprüfung durch fallinstruierende Person** (nicht zwingend BHM)

im Zusammenhang mit dem
in der

Allenf. Vorabklärungen zur Plausibilisierung der Meldung

Allenf. interdiz. Abstützung bei besonders heiklen Fällen **in Bezug auf das weitere Vorgehen** (Geduld, keine Schnellschüsse, lieber richtig zum Wohl der Betroffenen als übereilt)

- **Prüfung von Sofortmassnahmen** (Dringl. u. hohe unm. Gefährdung, Art. 445 ZGB, Risikoanalyse, Planung, **verdeckte Abklärung (z.B. sex. Missbrauch)**, dann schonender Vollzug, unverzügliche Anhörung)
- **Normalfall:** Keine Dringl. und keine sehr hohe unm. Gefährdung
- **Vorbereitung und Initiierung der Abklärung** (Strategie/Eingrenzung)
- **Koordination der Verfahren z.B. mit JugA oder Stawa** (z.B. bei sex. Missbrauch, jugendlichen Straftätern)
- **Vornahme durch instruierende Person** selbst (allenfalls interner Abklärungsdienst: Abklärungsfragen/Ziele formulieren)
- **Erteilung Abklärungsauftrag/äge:**
 - Ext. Abklärungsdienst / Spezialabklärung (Fachber., Begutachtung, Teilgutachten, interventionsor. Abkl. [KOFA] etc., vgl. Merkbl. Kt. BE)

VI. Instruktion allgemein – Einzelne Phasen: Auf was kommt es an?

- **Eröffnungsverfahren (2/2):**
 - **Frist von 2-4 Monate (eroderlich für Subsidiaritätsbemühungen)** – in dringlichen, offensichtlich und einfachen Fällen nur 1 Monat – dringlich und Renitenz bzw. Urteilsunfähigkeit) **prov./superprov. Auftrag gem. ZGB 392 Ziff. 2** zur Erledigung von liqu. (dring.) Ang. (z.B. EL)
 - **Form: Verfahrens. Verf.** mit konkr. Fragen (Zweck: Steuerung, Leitung, Transparenz und Fairness: Mitteilung der Verfahrenseröffnung an betroffene Person und Erteilung des Abklärungsauftrags an beauftragte Stelle) der fallinstr. **Person je nach kant. System an:**
 - den **internen Abklärungsdienst** der KESB (KESB i.w.S.)
 - den **externen Abklärungsdienst** der KESB (KESB i.w.S.)
 - **Eröffnung situationsadäquat** nach sorgf. Prüfung, Risikoanalyse und Planung, möglichst schonend, keine Eskalation (Inhalt? Nicht am Fr. Abend in einem Gewaltsetting, soziale Kontrolle, bspw. Schule / **nicht unnötig mit Kanonen auf Spatzen schiessen**)
 - Persönliche Übergabe instr. Person mit Polizei (Gewaltsetting), allenfalls glz. superprov. Massnahmen (ZGB 445 Abs. 2)
 - Persönliche Übergabe durch Abklärungsp (demente Menschen)
 - Schriftlich (Grundsatz) / **Nicht mehr schaden als nützen!**

VI. Instruktion allgemein – Einzelne Phasen: Auf was kommt es an?

- **Beweis-/Abklärungsverfahren:**
 - **Enger Austausch fallinstr. Person und Abklärungsperson erforderlich** (Steuerung, Leitung, Feinjustierung, wichtige Weichen[um]stellungen, doch noch Sofortmassnahmen?)
 - **Aufgaben Abklärungsperson** (Doppelfunktion der Abklärung)
 - **Sachverhalt abklären (Problemanalyse) lege artis**
 - **Subsidiaritätsbemühungen:** Betroffene Person unterstützen (mit ihr zusammen die dring. Angelegenheiten zu erledigen), zu begleiten zu beraten und sie freiwillig zu vernetzen bzw. ein freiwilliges professionelles subsidiäres Helfernetz aufzubauen bzw. Verwandte (Familie), Bek. etc. für die Hilfe zu gew. (Empowerment)
 - **Ziel jeder Abklärung ist es, KESB-Massnahmen zu verhindern** (sog. **Subsidiarität** gem. ZGB 388 ff., d.h. freiwillige Massnahmen gehen vor). Dafür ist genügend Zeit essentiell, weshalb grundsätzlich eine 2- bis 4-monatige Abklärungsfrist gewährt werden sollte. Schneller ist nicht immer besser (allenfalls können Abklärungsperson auch superprov. Kompetenzen erteilt werden):
Insb. sind Fristverlängerungen deshalb unproblematisch
 - **Beantwortung der Fragen/Abklärungsbericht/Empfehlungen/ Anträge** (die letzte Frage der verfahrensleitenden Verfügung sollte offen gestellt werden: Sonst noch etwas rel.?) / Dazu **Infos** nötig!!



VI. Instruktion allgemein – Einzelne Phasen: Auf was kommt es an?

- **Erkenntnis-, Anhörungs- und Entscheidverfahren:**
 - **Analyse** Abklärungsbericht/Fachbericht/Gutachten etc.: **Entscheidungsreife?**: Allenf. ergänz. Abkl. erf.? **Subsumtion/Eignung/Massschn.**
 - **Interdisz. Abstützung** (Vorsitzung bzw. muss jederzeit bereits in einem früheren Stadium möglich sein). Leitdisz. Jus aber nicht wichtigste Disz.
 - **Nur Kurzabklärungsbericht**: Keine relevante Gefährdung oder mit Erwähnung freiwilligem Setting (**BEST CASE!!!**)
 - **Genügend? Abschreibung, Einstellung? Mut nichts zu tun!**
 - **Organisation Anhörung** nach dem Verf. eines begründeten Entscheidungsentwurfs (SV/ERW/DISPO) mit prov. Anträgen an KESB (Erkenntnis).
 - **Pers. Anhörung der betroffenen Personen durch die fallinstruierende Person (ind. UMP reicht)**: Konfrontation mit SV und den der KESB zu beantragenden Massnahmen (Art. 447 ZGB) und Beistand (Matching). Versuch die Person auf Massn. **einzuschwören**, sie zu überzeugen: Ent. nur so erf. wie er vollz. werden kann (freiw. M.?).
 - Es sind dabei **Perspektiven** und **Chancen** zu vermitteln, Einbezug, Eltern- Angehörigenarbeit auch nach dem Entscheid nicht zu vernachlässigen: Unter welchen Vs. können die Kinder z.B. wieder selbst betreut werden? **Unnötige Beschw.** verhindern!
 - **Anpassung und Antrag** z.H. Gremium/**Entscheidung** = Formsache (ind. Unmittelbarkeitsprinzip reicht) / **Entzug Suspensivwirkung?**



VI. Instruktion allgemein – Einzelne Phasen: Auf was kommt es an?

- **Entscheideröffnungs- und Beschwerdeverfahren:**
 - **Planung: Sorgfältig, verhältnismässig, schonend!** Grosse Sorgfalt erf.: Situationsadäquat **persönlich durch KESB in heiklen/schwerw. Fällen** (ZGB 310), schriftl. etc. (vgl. ber. bei der Verfahrenseröffnung)
 - **Eröffnung des Entscheides an Verfahrensbeteiligte** mit Beschwerderecht (inkl. Dritten mit Beschwerderecht), bekannte nahestehende Personen mit Beschwerderecht, Beistandsperson etc. (allenfalls nur im Dispositiv oder mündlich) **vollzug des Entscheides POWERN**
 - **Mitteilung des Entscheids an Dritte**
 - Institution, Betreibungs-, Konkursamt, Zivilstandsamt etc., allenfalls nur im Dispositiv:
 - An alle, die von Entscheidung wissen müssen (**ges. Grundlage oder Mitteilung für die erfolgreiche Umsetzung der Massn.**)
 - **zwingend erf.:** d.h. alle die mit dem Kind noch zu tun haben, insb. Gefährdungsmeldende (Feld vorbereiten für erfolgr. Arbeit/Akzept.)
 - KSR ZGB 451 I/II analog, m.E. ZGB 451 I/II auch proaktiv möglich, Beistandsperson informiert gem. ZGB 413 II/III). Zur erfolgreichen Umsetzung des Entscheids zum Wohl der Betr.
 - **Beschwerdeverfahren:** Allenf. Wiedererwägung, wenn Kompromiss mögl./Missverständnis etc. (keine unnötigen Beschwerden ohne Not): Streit ist oftm. langfr. kontraprod.: **Auf Zusammenarbeit angewiesen!**

VI. Instruktion allgemein – Einzelne Phasen: Auf was kommt es an?

- **Vollzugs- bzw. Vollstreckungs- und Änderungsverfahren:**
 - **Vollzugs- bzw. Vollstreckungsverfahren** (Vollzug der Massnahme, bspw. der Beistandschaft oder einer Aufenthaltsbestimmungsrechtsaufhebung). **Planung: Sorgf., verhältnism., schonend** (allenf. pers. durch KESB): **Kind nicht aus den Händen reissen! Keine unnötige Eskalation.** Norm. Kraft des Fakt. **Nicht mehr schaden als nützen. Mut nichts zu tun** (Entscheidung nicht zu vollstr.) / **Haltung (beharrlich)!**
 - **Periodische/Regelmässige Überprüfung:** Bereitschaft zur Anpassung bzw. Aufhebung (Ressourcen), neue Chancen (= Vertrauen aufbauen für nächste Krise).
 - Nach gewisser Zeit bei **veränderten Verhältnissen:** Allenf. **Überprüfungs-, Anpassungs- bzw. Aufhebungsverfahren** auf Antrag oder von Amtes wegen: **Bereitschaft auch zu proaktiver Überprüfung** in heiklen Fällen (in Zweifelsfällen allenfalls sogar Befristung), auch wenn Verhältnisse nicht optimal sind, **neue Chancen etc.** (= Vertrauen aufbauen für nächste Krise) **oder aber Verschärfung.**
- **Weiterer wichtiger Aspekt:**
 - **ZGB 448 (insb. Abs. 4), 453 und 451 als weitgehende ges. GL für Datenaustausch nutzen!** Austausch von Inform. zur Zusammenarbeit mit Gemeinden und Dritten (Gutachter etc.) **zum Wohl der Betr. elementar** (Vernetzung zur Verh. von «Katastrophen»)

VII. Verfahren / Instruktion konkret – Fallbeispiel Messie-Mutter

- **Sachverhalt** (konkreter Fall, verallg., verkürzt, vereinfacht, anonymisiert):
 - **KE** (beide Ende 30, verh. und zusammen, **KM** CH und Vollzeitmutter, **KV** MiHi und arbeitslos)
 - **mit 3 Kindern** (12[w], 11[m] und 3[w] Jahre alt), **gr. Ressourcen/Resil.**
 - **KV** fast immer im Ausland (Arbeitssuche, nur als «Schutz» präsent),
 - **auffälliges Verhalten beider Schulkinder** (mittleres Kind spricht «nur» in der Schule nicht, ist auch sonst in der Schule psychisch auffällig),
 - alarmierende **Schulabsenzen** beider Kinder,
 - **Ablösungsprobleme** des mittleren Kindes, **Stillen der Dreijährigen**,
 - alle Kinder **leicht verwahrlost** («stinken», «schmutzige Kleider»,
 - finanzielle Probleme (beanspruchen keine Sozialhilfe – Verweigerung),
 - **KE verweigern** alle freiw. Angebote der Schule (EB, psychol. Abkl.),
 - mehrfach bereits Meldungen an ehemalige VB, welche Abklärungen veranlasst hat (5-jährige Geschichte),
 - **Muster: Völlige Verweigerungshaltung** bzw. verbal-aggressive **Renitenz** (Verzögerungstaktik, vordergründige Kooperation mit schweren Desavouierungstendenzen und Diffamierung),
 - **Kooperationsunfähigkeit** (Beschwerde gg Abklärung bis ans BGer)
 - **Zwang bis dahin ausgeblieben**, weil zu wenig Anhaltspunkte für konkrete (erhebliche) Gefährdung (**Verhältnismässigkeit?**/Kapitulation)

VII. Verfahren / Instruktion konkret – Fallbeispiel Messie-Mutter

- **Einleitungsverfahren:**
 - Meldung der Schule (partieller Rückzieher) und letztlich der Grossmutter (wurde anonym gehalten, wichtige Stütze): Inhalt vgl. Sachverhalt
- **Eröffnungsverfahren:**
 - Abklärungsauftrag an Abklärungsdienst (vorerst keine Dringlichkeit)
 - Bekannte Renitenz fortgesetzt (Desavouierung der Abklärung)
 - Verweigerung des Gespräches auch mit der KESB / mehrfache Androhung eines Hausbesuches
 - Hausbesuch der KESB mit AbklärungSP / polizeiliche Türöffnung in Abwesenheit der KE
 - **Extremste Wohnungsverwahrlosung** (Erforderliches Hineinklettern in die Wohnung, feucht, Ungeziefer, Kinderbetten zugestellt und nicht benutzbar etc.)
 - **Sofortiger Handlungsbedarf** (Wohnung für Kinder unzumutbar) = **Erkenntnisverfahren**
 - KM und kleinstes Kind auf der Strasse angetroffen
 - **Mitnahme auf KESB**

VII. Verfahren / Instruktion konkret – Fallbeispiel Messie-Mutter

- **Superprov. Entscheidungsverfahren, Eröffnung und Vollzug**
 - **Superprovisorische Aufhebung Aufenthaltsbestimmungsrecht primär aufgrund der Wohnsituation:** Verdeckte SOS-Platzierung (Gewalt KV befürchtet)/kurze Krisenintervention (Pflegefam.), **kein RM**
 - **Entscheideröffnung bei der KESB,** Kinder in der Schule informiert durch instruierende und abklärende Person, Mutter bekam Möglichkeit der Verabschiedung und Erklärung (aufgrund der vorhandenen Kooperation war das möglich), **Vollzug des Entscheids**

- **Beweis-/Abklärungsverfahren** (sofort und kurz, um das weiteres Vorgehen bez. superprov. Massn. zu klären: **Sozialabklärung/Psy.-psy. Konsilium**)
 - **Grosse Kompetenzen der KM** im Umgang mit den Kindern festgestellt
 - keine Gefahr durch KV für KM, Kinder oder Dritte
 - **Partielle Problematik festgestellt: Wohnungsverwahrlosung** kombiniert mit **Kooperationsunfähigkeit bzw. -unwilligkeit** mit ges. Helfersystem und **Einsichtsfähigkeit oder -Einsichtsunwilligkeit**
 - Sehr enge gegenseitige (**vorwiegend positive**) **Bindung** (Kinder leiden schwer ohne KM), Zitat: «Sie macht es gut [Erziehung] mit den Kindern»
 - **Empfehlung:** Schnell wieder zur Mutter zurück!
 - **Prämisse:** Aufräumen und reinigen der Wohnung und enge Begleitung (den KE sei von der KESB eine angemessene Frist zu setzen)

VII. Verfahren / Instruktion konkret – Fallbeispiel Messie-Mutter

- **Erkenntnis- und Anhörungsverfahren** (provisorische Bestätigung des superprov. Entscheids – zur Erkenntnis vgl. Entscheidverfahren)
- **Entscheidverfahren** (provisorische Bestätigung des superprov. Entscheids)
 - Aufgrund der ersten Erkenntnisse und unter Beachtung des **Subsidiaritäts- bzw. Verhältnismässigkeitsprinzips** (nicht mehr schaden als nützen, mildeste geeignete und genügende Massnahme) sollen Kinder **an einem Ort platziert werden**, an dem sie von der KM selbst betreut werden und die Kinder weiterhin ihre Schule besuchen können (**Begleitetes Wohnen MuKi**).
 - **Frist Wohnung «auf»zuräumen und zu reinigen** sowie **Sozialhilfemeldung vorzunehmen** (konkrete Hilfsangebote zur Räumung und Reinigung gemacht – Anruf genügt)
 - **Begleitung und Kontrolle** bzw. **Abklärung/Unterstützung** durch AbklärungsP. und **anzuordnende Soz-Päd-Familienbegleitung**
 - **Einforderung von Berichten** zu konkr. Fragen (**beteiligte FachP**)
 - **Weiterführung/Beendigung Sozialabklärung** (Nach int. und ext. psy.-psy. Konsilium: **Verzicht auf Begutachtung der KM**, weil Therapie in Bezug auf offensichtliches **Messie-Syndrom** aufgrund bestehender Uneinsichtigkeit **nahezu aussichtslos** und weil die **Erziehungsfähigkeit partiell «nur» bez. Wohnungsverw. und Kooperationsunf.** in Frage zu stellen ist.

VII. Verfahren / Instruktion konkret – Fallbeispiel Messie-Mutter

- **Absehbar genügt Gefährdung für eine dauerhaften Aufhebung des Aufenthaltsbestimmungsrechts derzeit [noch] nicht** (insb. auch wegen der Resilienz der Kinder und der engen Bindung), aber für eine **provisorische Bestätigung (Chance, gestellte Bedingungen zu erfüllen)**.
- **Entscheideröffnungs-, Vollzugs- und Rechtsmittelverfahren** (provisorische Bestätigung des superprov. Entscheids)
 - **Entscheid wird sofort vollstreckt** (Entzug Suspensivwirkung)
 - **KM führt Beschwerde** beim KESGer (OGer), welches Wiedererteilung der Suspensivwirkung der Beschwerde ablehnt – Beschwerde wird später gegenstandslos (Endentscheid)
- **[Haupt-] Beweis- bzw. Abklärungsverfahren** (Bestätigung/Anpassung des prov. Entscheids)
 - Vorliegen des Sozialabklärungsberichts und der anderen Berichte nach 3 Monaten: **Vollumfängliche Bestätigung der provisorischen Resultate, insb. bez. Erziehungsfähigkeit** (Berichte AbklärungsPers, Soz-Päd.-Familienbegl., Begleitetes Wohnen MuKi).
 - Unter **starkem Druck** war KM kooperativ (mit stark abnehmender Tendenz) aber **nicht einsichtig** (gleichbleibend).



VII. Verfahren / Instruktion konkret – Fallbeispiel Messie-Mutter

- Weiterhin bestehende **Unfähigkeit der KM, Wohnungsvermietung und -reinigung** umzusetzen: Mit grossem Druck konnte dies durch den KV (Ressource) schliesslich bewerkstelligt werden (bloss prekärer Minimalstandard) und **von der KM in einer Beobachtungszeit aufrecht erhalten werden.**
- **Druck, Kontrolle, Hilfe und Unterstützung deshalb auch zukünftig erforderlich bei Wiedererteilung Aufenthaltsbestimmungsrecht.**
- **Erkenntnis- und Anhörungsverfahren** (Anpassung des prov. Entscheids – zur Erkenntnis vgl. Entscheidverfahren)
 - **Rückkehr zur (vollständigen) Verweigerung**
 - **Nur unter grossem Druck konnte Anhörung stattfinden**
- **Entscheidverfahren** (Anpassung des prov. Entscheids)
 - Subsidiaritäts- und Verhältnismässigkeitsprinzip **gebietet zum Wohl der Kinder die Wiedererteilung des AufenthaltsbestimmungsR** (trotz schwerer Kooperationsunfähigkeit und erneut droh. Wohnungsverw.)
 - **ABER: Nur unter enger Begleitung und Kontrolle durch Beiständin** (mit Vertretungskompetenzen bez. Gesundheit, Schule und Hliefernetz), Soz-Päd Familienbegleitung oder GesDienst und Umfeld (in casu Schule, jeweils mit regelmässiger Berichterstattung an Beiständin und Weisung Krippenbesuch bez. der Dreijährigen)

VII. Verfahren / Instruktion konkret – Fallbeispiel Messie-Mutter

- **Entscheideröffnungs-, Vollzugs- und Rechtsmittelverfahren** (Anpassung des prov. Entscheids)
 - **Entscheid wird sofort vollstreckt** (Entzug Suspensivwirkung)
 - **KE führen erneut erfolglos Beschwerde** beim KESGer (OGer), welches vorgängig wiederum die Wiedererteilung der Suspensivwirkung der Beschwerde abgelehnt hat

VIII. Fazit

- **Zeitgemässer KES** ist flexibel, massgeschneidert, kreativ, auf Einbezug, Überzeugung und Freiwilligkeit ausgerichtet, lösungsorientiert-pragmatisch, **allein auf das Kindes- und Erwachsenenwohl bezogen** sowie extrem arbeitsintensiv, (sozial-psychisch) anspruchsvoll, international und komplex.
- **Zeitgemässer KES initiiert Prozesse zum Wohl von Kindern und Erwachsenen und fördert freiwillige Massnahmen.**
- **Zeitgemässer KES erhöht Wahrscheinlichkeit eklatant**, dass rechtzeitig, schneller, richtiger, überhaupt, milder (nicht überschliessend bzw. zu stark), nachhaltiger, strategischer, systemischer, gesamtheitlicher, weniger pauschal (kein «alles oder nichts»), ressourcenorientierter (Empowerment) und **allein zum Wohl des Kindes bzw. Erwachsener** eingegriffen wird.
- **Verfahrensinstr.** ist essentiell **für einen erfolgreichen KES!** Professionell-zeitgemässe Verfahrensinstruktion im genannten Sinne vermag äusserst neg. Auswirkungen auf das Wohl der Betroffenen (Verwirklichung von gr. Risiken) aber auch auf das **Image der KESB** zu verhindern (**Krisenbewältigungsinstrument**) und **Vertrauen in KES und KESB zu stärken**
- Trotz aller Sorgfalt und Rücksicht: **Keine Beisshemmung!** Was zum Wohl der Betroffenen zu entscheiden ist, ist zu entscheiden!

Kanton Bern



Ausführlich zur Verfahrenspraxis in diesem Sinn: Patrick Fassbind,
Verfahren vor der KESB, Handbuch Kindes- und Erwachsenen-
schutz, hrsg. v. ROSCH/FOUNTOULAKIS/HECK, erscheint
demnächst



Vielen Dank

- Für Ihre Aufmerksamkeit
- Für Ihre Fragen?